

## **INFOPERU Nr. 42**

### **Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.**

**20.Mäez 2016**

#### **Inhaltsverzeichnis:**

1. Editorial (Mechthild Ebeling)
2. Peru-Seminar Köln
3. Kandidaten-Kür (Hildegard Willer)
4. Gute Nachricht: Visumpflicht entfällt (Heinz Schulze)
5. Frauenfeindlichkeit (Heinz Schulze)
6. Bergbau (Tempelmann)
7. Weltklimakonferenz in Paris (Elke Falley-Rothkopf)
8. Amazonas-Pipeline bricht (H. Willer)
9. Schattenbericht ILO-Konvention (Flurina Doppler)
10. Präsidentschaftskandidaten zur ILO-Konvention (Flurina Doppler)
11. Kommentar: Exporte gegen Menschenrechte (Heinz Schulze)
12. Zwangssterilisierte Frauen (Heinz Schulze)

#### **1.Editorial**

Liebe Leserin, lieber Leser,

im kommenden Monat wird es in Peru den ersten Wahlgang für die Bestimmung des nächsten Präsidenten (oder Präsidentin??) geben. Sogar in der deutschen Presse wird diesbezüglich bereits getitelt: „Freie Fahrt für Keiko Fujimori?“

Dass es einen zweiten Wahlgang geben wird, ist klar, denn keine/r der insgesamt verbleibenden 17 KandidatInnen (darunter 2 Frauen!) wird auf Anhieb die absolute Mehrheit erringen. Viele bekannte Namen tauchen in der Liste auf, Keiko Fujimori, P.P. Kuczynski, A. Toledo, Alan Garcia. .... Gibt es keine neuen politischen Strömungen und Entwicklungen im Land? Wenig! Die links orientierte Koalition „Frente Amplio“ stellt Veronika Mendoza auf, die sich fast als Einzige zu wichtigen aktuellen Fragen stellt. Sie hat immerhin eine kleine Chance, in den zweiten Wahlgang zu kommen. Verónika Mendoza spricht aus, was in Peru dringend nötig wäre: „Ein Staat ohne Korruption, Rechte für alle ohne Diskriminierung und wirtschaftliche Entwicklung ohne Umweltzerstörung“.

## **Kritik an TPP**

Aber gerade die wirtschaftliche Entwicklung lässt viele BürgerInnen auf die Straße gehen: Die geplante Transpazifische Freihandelszone (TPP) wird von vielen Menschen und Organisationen als Gefahr für die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit und gesunde Ernährung, Arbeit und Umwelt gesehen. Der Nachrichtendienst SERVINDI stellt sich am 22.1.2016 voll hinter die von mexikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen veröffentlichten „13 Gründe um Nein zu sagen zu TPP“. Und für viele Menschen in Peru stellt sich auch die Frage, ob es stimmt, wie in industriefreundlichen Kreisen vertreten wird, dass der Bergbau Perus Wirtschaft hochziehe. Dabei wird oft etwa der große Zuwachs im Kupferabbau angeführt, der für Peru positiv sei. Demgegenüber stehen die enormen Zahlen an sozio-ambientalen Konflikten, die die Ombudsstelle der Regierung regelmäßig anführt und die Menschenrechtsverletzungen im Umfeld des Extraktivismus.

## **Wirtschaftliches Wachstum gegen Recht auf Gesundheit**

Aber zur Frage der Verbesserung der Menschenrechtslage gerade bei VerteidigerInnen gegen Umweltverletzungen äußern sich fast alle PräsidentschaftskandidatInnen sich nur sehr verhalten. Die Interessen der Industrie haben bislang auch Vorrang, wenn Menschen und ihre Lebensgrundlagen und Gesundheit leiden wegen der gehäuften Unfälle wie mit den oleoductos, den Erdölpipelines von Petroperú. In den Regionen Amazonas und Loreto hat ausfließendes Rohöl Territorien und Trinkwasser indigener Dorfgemeinschaften massiv kontaminiert. Als Grund wird angenommen, dass die zum Teil schon über 40 Jahre alten Leitungen durch die erhöhte Menge an durchgepumptem Öl und höheren Druck anfälliger geworden sind für Lecks. Haben hier die staatlichen Stellen wie das Umweltministerium versagt, die dieses Risiko vorhersehen und vorbeugen müssten? Und die Rechte der betroffenen Bevölkerung? Hat wirtschaftliches Wachstum tatsächlich mehr Gewicht als ihr Recht auf Gesundheit und z.B. sauberes Wasser? In der peruanischen Presse wird der Verdacht laut, dass hier von Regierungsseite aus eher „vista gorda“ gemacht wird, weggeschaut wird, als verschärfte Regeln und Kontrollen sowie angemessene Schadenersatzzahlungen durchzusetzen.

## **Zwangssterilisierte fordern Entschädigungen**

Auch die seit vielen Jahren anstehende juristische Aufarbeitung und Entschädigung der Opfer der Zwangssterilisierungskampagne in der Fujimori-Ära, der hauptsächlich arme und indigene Frauen zum Opfer fielen, ist für die KandidatInnen, ausser für Verónica Mendoza, kein Thema! Und bei der chancenreichen weiblichen Kandidatin Keiko wird dieses Menschenrechtsverbrechen aus der Regierungszeit ihres Vaters sicher auch weiterhin unterm Teppich bleiben!

Wir sind gespannt auf die Präsidentschaftswahlen im April, obwohl großer Optimismus leider nicht angesagt ist, und begleiten und kommentieren weiter die Entwicklung in Peru!

Viel Vergnügen beim Lesen des neuen InfoPeru!

Mechthild Ebeling

(Informationsstelle Peru e.V.)

## **1. Peru-Seminar zum Thema „Saubere Energien“**

Vom 15. – 17. April 2016 findet in **Köln** das jährliche Seminar der Infostelle Peru statt. Thema ist dieses Jahr: „Saubere Energie statt Klimawandel und Umweltzerstörung – Alternativen für Peru und Deutschland“ mit den Referenten Dirk Volkmann (Volkmann Consulting) und Nikolais Geiler (Klimabuendnis). Arbeitsgruppen zu den Themen: Palmoel-Anbau, Entwicklungsfinanzierung, Solidarische Oekonomie, Energiewende in Deutschland und Menschenrechtsverletzungen. Abends

gibt es den neuen Film von Heeder Soto ueber die Verschmutzung des Titicaca-Sees. Das Tagungsprogramm kann hier [AusschrPeruSem0416.flyer2](#)

und das Anmelde-Formular hier [AusschrPeruSem0416AnmAbschnEinzel](#)

heruntergeladen werden. Weitere Info bei : merk@infostelle-peru.de

## **2. Kandidaten-Kür**

Am 10. April wählen die Peruanerinnen und Peruaner in der ersten Wahlrunde ihren neuen Präsidenten oder Präsidentin. Viele altbekannte und ein paar neue Kandidaten rissen niemanden vom Hocker, bis die staatliche Wahlbehörde die Karten neu mischte...

Während alle peruanischen Regierungen seit 1990 den wirtschaftspolitischen Autopiloten auf neoliberal eingestellt haben, sind die Institutionen und die politischen Parteien nicht so schnell gewachsen wie die Wirtschaft. Im Gegenteil: jeder Peruaner oder Peruanerin, die sich selber für präsideiabel hält und eine Unterstützergruppe um sich scharen kann, darf im Wahlkampf ins Rennen gehen. Sofern sie die Vorschriften der Nationalen Wahlbehörde einhält. Die hat nun knapp vier Wochen vor den Wahlen die beiden aussichtsreichen „Newcomer“ Julio Guzmán und César Acunha wegen Verstößen gegen das Wahlgesetz aus dem Rennen genommen. Zurück bleiben – bisher, denn es liegen weitere Anzeigen der Wahlbehörde vor – drei Polit-Dinosaurier und zwei relative Neulinge, die nach den letzten Umfragen die Wahl unter sich entscheiden werden. Wir stellen die aussichtsreisten Kandidaten in der Reihenfolge der Präferenz der letzten Wählerumfragen vor:

### **Keiko Fujimori:**

Die Tochter des ehemaligen Präsidenten Alberto Fujimori gehört trotz ihrer 40 jugendlichen Jahre zu den politischen Dinosauriern Perus. Mit 19 avancierte sie zur First Lady Perus an der Seite ihres Vaters, nachdem dieser Mutter Susana Higuchi aus dem Präsidentenpalast geschmissen hatte. Danach studierte sie an einer teuren Privatuniversität in den USA – wahrscheinlich auf Kosten der peruanischen Steuerzahler. Seit 9 Jahren sitzt ihr Vater Alberto Fujimori wegen Verbrechen gegen die Menschenrechte im Gefängnis, genauso lang versucht Keiko Fujimori an die Macht zu gelangen. Vornehmlich um den Papa amnestieren zu können.

Keiko Fujimori kann auf eine gut organisierte Wählerschaft zählen, sie führt mit rund 30% die Umfragen souverän an. Allerdings hat sie auch einen festen Stamm an Anti-Wählern, wie die Anti-Keiko-Protestmärsche der letzten Wochen bezeugen. Und um Präsidentin zu werden, muss sie im 2. Wahlgang mindestens 50% der Stimmen hinter sich vereinen. Kein einfaches Unterfangen.

Vielleicht darf sie am 10. April gar nicht antreten: auch gegen die Partei Keiko Fujimoris ermittelt die peruanische Wahlbehörde wegen Stimmenkaufs. In den nächsten Tagen entscheidet sich, ob sie im Rennen bleibt.

## **Pedro Pablo Kuczinski**

Ist mit seinen 78 Jahren der wahre Polit-Dinosaurier. War bereits Minister (1966), als seine beiden Mitkonkurrentinnen noch gar nicht geboren waren. Gilt als Vertreter der Grossindustrie und der multinationalen Unternehmen. War Premierminister unter Alejandro Toledo und wollte es vor fünf Jahren nochmal wissen: bei den Präsidentschaftswahlen 2011 wurde er überraschend Dritter. Seine PPK zieht vor allem Technokraten und Mittelständler an, die in den letzten Jahren vom Wirtschaftsboom besonders profitiert haben. Bei den letzten Umfragen erhielt PPK zwischen 14 und 20% der Wählerstimmen.

## **Verónica Mendoza**

Die 36-jährige Psychologin und Lehrerin aus Cusco trat vor fünf Jahren auf die politische Bühne Perus, als sie für die Partei Ollanta Humalas in den Kongress gewählt wurde. Sie machte sich schnell einen Namen als Verteidigerin der Rechte der indigenen Völker und verliess nach den gewaltsamen Protesten um die Kupfermine in Espinar 2012 ihre Fraktion. In den Primärwahlen des linken Parteienbündnisses „Frente Amplio de Izquierda“ ging sie vor dem Parteigründer Marco Aranas klar als Siegerin hervor. Mendoza plädiert für eine Diversifizierung des wirtschaftlichen Modells – weg vom Bergbau, und für die Rechte der indigenen Völker. Wie Barnechea profitierte Mendoza vom Ausschluss zweier Konkurrenten und liegt in den Wählerumfragen zusammen mit Barnechea auf dem dritten Platz.

## **Alfredo Barnechea**

Der 65-jährige Barnechea ist in Peru vor allem als Publizist und Akademiker bekannt. In den 80-er Jahren war er zwei Jahre lang Abgeordneter für die Apra, in den 90-er Jahren unterstützte er Mario Vargas Llosa bei seinem vergeblichen Versuch, Präsident zu werden. Seit zwei Jahren ist er Mitglied der Partei „Acción Popular“, die einst von Fernando Belaúnde gegründet wurde und mittelechts angesiedelt ist. Barnechea profitierte vom Ausschluss der Kandidaten Julio Guzmán und César Acunha, und kämpft mit Verónica Mendoza in den Umfragen nun um den dritten Platz in der Wählergunst.

## **Alan García**

Der Traum Alan Garcías, 2016 ein drittes Mal Präsident Perus zu werden, scheint sich nicht zu erfüllen. Obwohl er in einer Allianz mit seiner langjährigen Konkurrentin Lourdes Flores auftritt (PPC), scheinen die peruanischen Wähler Alan Garcías und seiner Partei APRA überdrüssig zu sein. Nur 7 – 8% der Wähler wollten in den Umfragen für ihn stimmen. García war von 1985 – 1990 und von 2006 – 2011 Präsident – mit zwei je total unterschiedlichen Programmen. Zu einer dritten Amtszeit wird es den jüngsten Umfragen nach nicht reichen!

## **Und schliesslich die Ausgeschlossenen:**

## **César Acunha**

Self-made-Mann aus Trujillo, Besitzer eines Universitäts-Imperiums (Universidad César Vallejo), Regionalpolitiker. Der Donald Trump Perus war auf dem steilen Weg nach oben in der Wählerpräferenz, als ihn Plagiatsvorwürfe die ersten Wählerstimmen kosteten. Acunha hat sowohl seine Master- als auch seine Doktorarbeit abgeschlossen – das ist selbst in Peru für einen Universitätspräsidenten kein Ruhmesblatt. Das Genick gebrochen hat ihm aber dann, als er bei einer Wahlkampfveranstaltung Bargeld verteilte. Dies ist seit Januar 2016 ausdrücklich verboten und die Wahlbehörde schloss Acunha deswegen aus.

## **Julio Guzmán**

Genauso schnell wie er aus der Asche stieg, scheint der 46-jährige Wirtschaftswissenschaftler auch wieder darin zu verschwinden. Als eine Mischung zwischen einem jungen Kuczynski und dem Harvard-Cholo Alejandro Toledo präsentierte sich Julio Guzmán, der es aus einfachen Verhältnissen zum Doktorat in den USA und zu einem Vizeministerium im Bauministerium brachte. Er galt in der Wählerpräferenz als der unbescholtene „Outsider“, auf den alle gewartet hatten, erreichte schnell 20% bei den Umfragen – bis die Wahlbehörde sich überaus legalistisch gab und seine Partei wegen nicht erfüllter interner Wahlen ausschloss. Die Tatsache, dass es danach nicht zu grossen Protestmärschen der Anhänger Guzmáns kam, deutet darauf hin, dass hinter seiner Kandidatur keine starke Basis, sondern ein paar clevere Technokraten standen.

Nie über 5% der Wählerpräferenz hinaus kam der ehemalige Innenminister **Daniel Urresti** von der Partei des amtierenden Präsidenten Ollanta Humala. Bevor das Fiasko vollkommen war, entzog ihm Humala die Unterstützung der Partei. Tragisch ist dies auch für Susana Villarán, die vormalige Bürgermeisterin Limas: sie hatte als Kandidatin für die Vizepräsidentschaft auf Urresti gesetzt und wird nun ohne Parlamentsmandat bleiben.

Auch **Alejandro Toledo**, Präsident von 2000 – 2005, will es nochmal wissen – er ist in den Umfragen aber so abgeschlagen, dass ihm keinerlei Chancen eingeräumt werden.

*Hildegard Willer*

### **3. Gute Nachricht: Visumpflicht entfällt**

Die langen Warteschlangen vor europäischen Konsulaten in Lima sind Geschichte. Seit dem 15. März benötigen PeruanerInnen zur Einreise in den Schengen-Raum kein Visum mehr. Staatspräsident Ollanta Humala erklärte nach der Unterzeichnung im Europäischen Parlament, dass dank seiner Anstrengungen die 26 europäischen Innenminister den Visazwang aufgehoben haben. Wichtig dafür sei „die gute wirtschaftliche Entwicklung Perus und das niedrige Niveau zu befürchtender illegaler Einwanderung aus Peru“ gewesen. Die Informationsstelle Peru e.V. hat sich in den letzten Jahren, u.a. bei der Bundesregierung und

den zuständigen Stellen in der EU für die Visaabschaffung eingesetzt.

### **Die neue Regelung**

Folgende Unterlagen sind nötig für einen Aufenthalt **bis zu 90 Tagen** im Schengen-Raum: Pass mit einem biometrischen Foto (es ist auch von Ausnahmen die Rede), Flugticket für Hin- und Rückflug, Hotelreservierung bzw. eine Einladung und „genügend Geld für den Reisezeitraum sowie eine ausreichende Krankenversicherung. Nach Ablauf dieser Frist muss für mindestens wieder 90 Tage das „Gastland“ und der gesamte Schengenraum verlassen werden

Diese Regelung gilt für: Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Slowenien, Spanien, Finnland, Frankreich, Schweden, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Estland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Griechenland, Slowenien. Sowie für die Länder Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein wie auch Bulgarien, Zypern, Kroatien und Rumänien. Wichtig: Grossbritannien gehört nicht zum Schengen-Raum!

Reiseanlässe können sein: Tourismus, Familienbesuche, Studienfahrten, Kultur- und Sportaustausch, Geschäftsreisen, medizinische Anlässe.

Das Ganze wird sich sicher noch erst einspielen müssen, Rückfragen bei der Deutschen Botschaft sind im Einzelfall sicher noch angebracht. Aber wir sind mit allen PeruanerInnen froh, dass das äußerst umständliche Visumserlangungsverfahren nun der Vergangenheit angehört!

Auf dieser Seite des deutschen Konsulates in Peru sind alle Einzelheiten nachzulesen: <http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/es/11/Visa.html>

*Heinz Schulze*

## **4. Frauenfeindlichkeit stinkt vom Kopf her**

.....wie z.B. bei Luis Otsuka, Regionalpräsident der Region Madre de Dios im südlichen Regenwald Perus. Aber auch beim Camisea-Projekt im Amazonasgebiet von Cusco Luis Otsuka sprach anlässlich der fehlenden Unterstützung seiner Regierung zum Hochwasser in der Kleinstadt El Triunfo in Madre de Dios zu den öffentlich protestierenden Frauen: „Geduld, Ruhe, Ihr Frauen. Zu dieser Uhrzeit solltet Ihr das Mittagessen für Eure Männer machen. Also, was macht Ihr hier? Ihr müsst doch später noch Euren Männern, wenn diese von der Arbeit kommen, ein heißes Kräuterbad machen“...

Soweit dieses Machismo –Beispiel.

### **Frauenfeindlichkeit stinkt auch vom Gas und Erdöl her**

Die Journalistin Nelly Luna Amancio lenkt aber auch den Blick auf die strukturelle Frauenfeindlichkeit bei Energieprojekten speziell im Regenwald.

Weit im südlichen Regenwald liegt das Erdgas-Projekt Camisea. Dieses Erdgas brachte Erleichterungen in peruanische Haushalte, stellt aber einen Fluch für die indigenen Machiguenga-Frauen dar. Wie das? Das Gasprojekt des multinationalen Konzerns Pluspetrol hat in den 12 Jahren der Förderung über 7,7 Millionen Dollar Einnahmen für den peruanischen Staat gebracht. Aber die dortigen indigenen Frauen sind ärmer als vorher. Viele hörten mit dem Anbau von Lebensmitteln wie Maniok auf. Der neue Garten hieß „*tienda*“, also den Dorfladen, wo man mit dem Geld der Männer Maniok (Yuca) oder Reis kaufen kann. Der Genuss von dem lokalen Alkoholgetränk

Masato (aus Yuca von Frauen hergestellt) wurde von den Männern durch Bier ersetzt. Untersuchungen ergaben: Im Einzugsgebiet des Camisea-Komplexes ist das Hungerrisiko dreimal höher als im nationalen Durchschnitt.

### **Der Fluch des Geldes der Männer**

Der Durst nach Erdgas und Erdöl, brachte es mit sich, so ein Blick auf das gesamte Amazonasgebiet, dass dort aktuell 81 Erdgas- und Erdölförderprojekte funktionieren. 246 sind in der Explorationsphase. Davon betroffen sind 1,08 Millionen km<sup>2</sup> Landfläche, d.h. 15% des gesamten Amazonasgebietes. In Peru befinden sich diese Projekte (z.B. Oxy und Pluspetrol) zu 80% in indigenen Territorien. Die Vizeministerin für Interkulturelle Angelegenheiten, Patricia Balbuena, stellt fest, dass es besonders für die indigenen Frauen sehr schwer ist, sich an diese neue Situation anzupassen. Die Männer arbeiten der Erdgasindustrie zu, bekommen das Geld und kaufen gerne dafür Konsumgüter oder Lebensmittel. Die Frauen dagegen verlieren ihre Funktion, Lebensmittel im Garten (*chacra*) zu produzieren. Der Wechsel von einer eher „geldlosen Ökonomie“ zu einer totalen Abhängigkeit vom Geld, sprich vom Lohn des Mannes, hat, so die Soziologin Cynthia del Castillo, das gesamte Leben in den indigenen Dorfgemeinschaften verändert. Ein zunehmendes Problem ist auch der Alkoholismus der Männer und damit die Zunahme von familiärer Gewalt.

Die Männer betonen, dass sie durch diese Tätigkeiten eine neue Stufe der Entwicklung erklommen hätten. Die Frauen aber wurden häufig in eine neue Rolle gedrängt, nämlich zum „Hausfrauen-Dasein“, was konträr zum Ideal einer Machiguenga-Familie steht, in der beide Partner bezüglich des Lebensunterhalts zusammenarbeiten und sich ergänzen.

Vizeministerin Balbuena sieht es als notwendig an, in den (Umwelt)-Verträglichkeitsstudien mehr Indikatoren über die sozialen Auswirkungen in Vorhaben der extraktiven Industrie aufzunehmen. Das ist eine richtige und wichtige Forderung, entspricht aber überhaupt nicht dem politischen Willen der politisch „wirklich“ wichtigen Institutionen in Peru (Bergbau-Landwirtschaftsministerium, Industrieverbände, Präsident etc.)

Wenn man diese Forderung für sozial wichtig gefunden hätte, hätte man diese schon längst z.B. in der Amazonasregion bei der Erdölförderung anwenden können. Dann wäre es wohl auch nicht zu den 33 größeren Verschmutzungen der Flüsse durch Erdöllecks seit 1996 gekommen!

Dieses Thema passt zeitlich auch gut zur Jahrestagung unserer Informationsstelle Peru vom 17.-17.4.16 in Köln, mit dem Schwerpunktthema „Saubere Energie statt Klimawandel und Umweltzerstörung“ .

*Quellen: Luis Otsuka se expresó de forma machista ante mujeres de madre de Dios, inforegion 11.3.16*

*Die Reportage von Nelly Luna findet man hier im spanischen Original <http://ojo-publico.com/174/la-maldicion-del-petroleo-acosa-a-las-mujeres-indigenas-del-Amazonas> 12.3.16*

*Text: Heinz Schulze*

## **5. Bergbau in Peru: Die andere Seite der Medaille**

Javier Jahncke und Mattes Tempelmann vom bergbaukritischen Netzwerk Red Muqui informierten in Deutschland und der Schweiz über die Folgen des Bergbaus in Peru

Der Bergbau gilt für die peruanische Regierung als der Motor zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Trotz sinkender Rohstoffpreise hält sie an diesem Modell fest und senkt sogar Umwelt- und Sozialstandards, um mehr Investoren ins Land zu locken. Doch der Bergbau in Peru hat nachweisbar nennenswerten positiven Effekte auf Beschäftigung, geschweige denn auf breitenwirksame Armutsminderung, insbesondere in den vom Bergbau betroffenen Regionen. Der Bergbau hinterlässt zerstörte Ökosysteme und die Mitsprache der Bevölkerung steht nur auf dem Papier. Soziale Umweltkonflikte zwischen der Lokalbevölkerung in Bergbaugebieten und den Bergbauunternehmen haben in den vergangenen zehn Jahren deutlich an Intensität und Zahl zugenommen.

Über die Folgen des Bergbaus in Peru und mögliche Alternativen aus der Zivilgesellschaft haben Javier Jahncke und Mattes Tempelmann, Geschäftsführer und Mitarbeiter des landesweit agierenden bergbaukritischen Netzwerkes Red Muqui informiert. Vom 6. bis 17. Januar reisten sie durch Deutschland und die Schweiz und machten in Gesprächsrunden und Diskussionsabenden in Brüssel, Berlin, Luzern und Freiburg auf die Bergbauproblematik aufmerksam. Deutschland ist einer der Hauptabnehmer von Kupfer, einem wichtigen Rohstoff für die Automobilindustrie. In Berlin informierten Javier Jahncke, Anwalt, und Mattes Tempelmann, Geograf, unter anderem im Bundestag in einer fraktionsübergreifenden Runde über den aktuellen Stand der Entwicklungen im Bereich der Rohstoffpolitik in Peru.

Bei einem gut besuchten Vortrags- und Diskussionsabend im Haus der Demokratie und Menschenrechte am 12. Januar, organisiert von der Kampagne Bergwerk Peru, konnten sich die Zuhörer/innen ein umfassendes Bild von der seit Jahren zunehmend konfliktbeladenen Situation des Bergbaus in Peru machen. Jahncke erläuterte in seiner Präsentation, wie in der Logik eines extraktivistischen Wirtschaftsmodells fallende Rohstoffpreise und steigender wirtschaftlicher Druck, nicht zuletzt durch internationale Großkonzerne, verheerende Auswirkungen auf soziale, Umwelt- und Menschenrechtsbelange haben. Er führte zahlreiche Beispiele von aktuellen Gesetzesvorhaben und schlechter Politikpraxis an, die eine Aufweichung von Umweltstandards bedeuten, Mitspracherechte der lokalen und insbesondere indigenen Bevölkerung beschneiden oder umgehen und bereits erfolgreiche politische Instrumente für eine geregelte Regionalplanung immer mehr aushebeln. Die peruanische Regierung treibe Bergbauprojekte vehement voran und zeige keinerlei Interesse an einem präventiven Umgang mit Konflikten, beklagte er. Im Gegenteil: Protestierende Anwohner/innen und NGOs werden kriminalisiert und im öffentlichen Diskurs als „Terroristen gegen den Bergbau“ diskreditiert.

Mattes Tempelmann, Fachkraft der Schweizer Organisation COMUNDO und seit anderthalb Jahren Mitarbeiter im Red Muqui, ergänzte den Vortrag mit Einblicken in die praktische Arbeit des Netzwerkes. Mit konkreter Unterstützung wie juristischer Beratung, Empowerment-Workshops und Begleitung von Gemeinden, die von Bergbauprojekten betroffen sind, begleitet das Red Muqui den Politikprozess in Peru und macht Vorschläge für eine Reformierung des Bergbausektors im Sinne eines post-extraktivistischen Modells, das eine Abkehr des Landes von der Abhängigkeit vom Rohstoffsektor fordert. In Gemeinden vor Ort führt Mattes Tempelmann mit weiteren Mitarbeiter/innen des Netzwerkes partizipative Workshops mit der Bevölkerung und mit lokalen EntscheidungsträgerInnen durch, um gemeinsam konkrete wirtschaftliche, soziale und politische Alternativen zum Bergbau zu identifizieren. Diese umfassen z.B. Forderungen der sozialen Basisorganisationen zu Recht auf Wasser und Land bis territorialer Autonomie und Mitspracherechte in Entscheidungsprozessen, als auch die Stärkung und Akzeptanz von lokalen



Komitees der Umweltkontrolle, der partizipativen Raumplanung, bis hin zu regionalen nachhaltigen Entwicklungsplänen, welche auf eine Diversifizierung der Ökonomie setzen.

Bei ihrem Vortrag und in der anschließenden Diskussion stellten Jahncke und Tempelmann die aktuellen Entwicklungen in den Kontext der anstehenden Präsidentschaftswahlen in Peru im kommenden April und warfen auch einen kritischen Blick auf die negative Rolle der deutsch-peruanischen Rohstoffpartnerschaft bei der Gestaltung von bergbau- und rohstoffrelevanten Politiken in Peru.. Aus Sicht der Zivilgesellschaft ist diese Partnerschaft nur auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtet. Sie beinhaltet keinen expliziten Schutz der Menschenrechte und Umweltschutz in den Bergbauregionen. Entwicklungspolitische Maßnahmen wie Transfer von technischem Know-how bei der Altlastenbeseitigung oder Beratung in Fragen einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Raumplanung werden zugunsten des Ziels einer billigen Rohstoffsicherung für Deutschland vernachlässigt.

Ein wichtiger Termin in diesem Kontext war ein vom AK Rohstoffe organisierter informeller Austausch mit Vertreter/innen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Das Ministerium hatte die Zivilgesellschaft eingeladen, um ihr die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen im Vorfeld des am 23. Februar in Lima stattfindenden ersten Regierungsarbeitsgruppentreffens zur Umsetzung der deutsch-peruanischen Rohstoffpartnerschaft zu äußern.

*Silvia Bodemer und Mattes & Eva Tempelmann*

## **6. Weltklimakonferenz 2015: From Peru to Paris to the World**

Vom 30.11.-11.12. 2015 fand in Paris die 21. Weltklimakonferenz (COP 21) statt – Elke Falley-Rothkopf hat dort die Anliegen der indigenen Völker des Amazonasgebietes begleitet.

Die Pariser Weltklimakonferenz wurde 2014 im Rahmen der COP 20 in Lima und im Laufe des Jahres mit Vorverhandlungen (den sog. *SBSTA und ADP-meetings*) in Bonn vorbereitet. Von der Informationsstelle Peru war Elke Falley-Rothkopf bei diesen Verhandlungen im Rahmen ihrer technischen Unterstützung der indigenen Dachverbände Amazoniens, COICA und AIDESEP, dabei. Diese Unterstützung geht zurück auf eine Vereinbarung der Nichtregierungsorganisation INFOE mit dem Dachverband der indigenen Organisationen Amazoniens, der COICA, in dem wiederum der peruanische Dachverband der indigenen Organisationen AIDESEP des peruanischen Amazonasgebietes organisiert ist.

Während es für INFOE darum ging, mit der von indigenen Repräsentanten selbst gewünschten Unterstützung der COICA und AIDESEPS, weltweit indigene Rechte einzufordern und auf die Bedeutung des Beitrags indigener Völker für den Waldklimaschutz hinzuweisen, war für die Informationsstelle Peru gerade auch interessant zu sehen, wie der peruanische Indigenenverband AIDESEP seine umfangreiche Arbeit im Rahmen der COP in Lima fortgesetzt hat und sich einbringen konnte.

Elke Falley-Rothkopf nahm daher bereits bei den vom United Nations Development Program (UNDP) organisierten Vorbereitungsverhandlungen und dem weltweiten indigenen Caucus am 29.11.2015 teil. Im Rahmen dieser Verhandlungen beschlossen die indigenen RepräsentantInnen des globalen Caucus **die Strategien für die Verhandlungen sowie die folgenden Hauptforderungen an die Vertragsstaaten:**

1. Die Respektierung der Menschenrechte einschließlich der Rechte indigener Völker bei den Politiken und Aktivitäten zu Klimawandel, d.h.

- ein maximales Erwärmungsziel von 1,5° C, möglichst sogar darunter
- alle INCDS, d.h. vorgesehene nationale Beiträge der einzelnen Vertragsstaaten, sollen die Partizipation indigener Völker an allen relevanten Prozessen sowie die Sicherstellung ihrer kollektiven Rechte an den Territorien vorsehen
- gerechte Teilhabe indigener Völker an den Geldern für Klimawandel-Aktivitäten

2. Die Anerkennung von traditionellem indigenen Wissen und ihren positiven Beiträgen für Adaptations- und Mitigationsprozesse sowie die Anerkennung der traditionellen Lebensformen, z.B. durch

- Einrichtung eines Beratungsgremiums aus indigenen Experten
- Einrichtung einer technischen Arbeitsgruppe zu traditionellem indigenen Wissen

3. Die Sicherung voller und effektiver Partizipation indigener Völker auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an Prozessen und Programmen in Bezug zum Klimawandel

- Finanzielle Unterstützung über gemeinschaftliche Fonds muss auch die Entschädigung für bereits aufgrund des Klimawandels geschädigte oder verlorene Gebiete, Ressourcen und Lebensgrundlagen indigener Völker beinhalten.

4. Direkter Zugang zu Klimafonds für indigene Völker aus Industrie- und Entwicklungsländern über ihre Vertretungsorganisationen

- Die Vertragsstaaten sollen den Organisationen indigener Völker die Teilnahme als aktive Beobachter im Vorstand des Green Climate Funds ermöglichen.

Bei all dem war wesentlich, dass der Terminus „indigene Völker“ im verbindlichen Haupttext des Abkommens und nicht bloß in der Präambel festgehalten sein sollte.

### **Indigene Anliegen im offiziellen Peru-Pavillon**

Zusammen mit INFOE und der COICA stellte AIDSESEP beim Side Event am 1.12. und beim Side Event im Deutschen Pavillon am 3.12. die weltweite Bedeutung und Gefährdung der indigenen Territorien in Peru und im übrigen Amazonien dar (z.B. durch die rasante Ausbreitung der Palmölplantagen in jüngster Zeit neben den bereits sattsam bekannten übrigen Treibern der Entwaldung, zu denen die Erdöl- und sonstige Rohstoffexploration, Infrastrukturmaßnahmen wie IIRSA, Landnahme durch Siedler usw. gehören). Sie zeigten aber auch ein eigenes Konzept zur selbstverwalteten Finanzierung indigener Gemeinschaften für den Waldklimaschutz, den *Fondo Indígena Amazonía Viva para la Humanidad (FIA)* und den alternativen Vorschlag zum Waldschutz, *REDD+ Indígena Amazónico*, basierend auf den Lebensplänen (*Planes de Vida Plena*) der einzelnen indigenen Gemeinschaften auf.

Tatsächlich ließ sich u.a. an den Inhalten und der Zahl der im peruanischen Pavillon auf dem offiziellen Gelände durchgeführten Veranstaltungen ablesen, dass der indigene Dachverband Perus in der Zusammenarbeit mit dem peruanischen Umweltministerium einen großen Schritt hin zu der Anerkennung indigenen traditionellen Wissens für Mitigations- und Adaptationsmaßnahmen im Klimaschutz und die finanzielle Berücksichtigung indigener Gemeinschaften in solchen Maßnahmen getan hat. Die Titulierung und Sicherung der indigenen Territorien bleibt auch hier die oberste Priorität und während sich das peruanische Umweltministerium sichtbar offen für die indigenen Beiträge zeigt, ist es leider kein Geheimnis, dass andere, einflussreichere Ministerien wie das Bergbau-Ministerium in Peru

wirtschaftliche Interessen durchzusetzen suchen, die im Widerspruch zu den Ergebnissen und Zielen der peruanischen (und weltweiten) Klimapolitik stehen.

### **Klimapolitik in den Anden: Peruaner verklagt RWE**

Was die Bergbauproblematik betrifft, wurde in Paris sowohl auf dem offiziellen Verhandlungsgelände als auch in der öffentlich zugänglichen Climate Generations Area, wo sich der indigene Pavillion befand, eine **Initiative von Germanwatch** vorgestellt. Im Rahmen derselben wurde erstmalig ein weltweit agierender deutscher Energieriese von dem Peruaner Saúl Luciano vor einem deutschen Gericht verklagt, eine Entschädigungssumme in Höhe des Anteils an der Verursachung des Klimawandels an die lokale Bevölkerung in Huaraz zu zahlen, die durch die schmelzenden Gletscher in ihrer Existenz bedroht ist. Dies wäre ein sehr wichtiger Präzedenzfall auch für die Klimaschutzpolitik, wenn die verursachenden Unternehmen aus der ersten Welt in ihren Heimatländern zur Rechenschaft gezogen würden.

### **Kilometerlange Menschenkette**

Es ist weithin bekannt, welche großen wirtschaftlichen und politischen Interessen gegen eine allzu ambitionierte Beschlussfassung für das Nachfolgeprotokoll zu Kyoto standen und ihnen spielten die verschärften sicherheitspolitischen Umstände in Paris zu, mit denen Kundgebungen der Zivilgesellschaft eingeschränkt wurden und die auch durch Programmänderungen und Unwägbarkeiten die Teilnahme an den offiziellen Verhandlungen erschwerten. Dennoch wurde zum Abschluss der COP am 12. Dezember in Paris eine kilometerlange Menschenkette gebildet und in zwei Schweigeminuten der Opfer des Klimawandels gedacht, während vor dem Auftakt am 29. November 20.000 Paar Schuhe auf den Platz der Republik aufgestellt worden waren – anstelle der verbotenen Demonstration. Auch fuhr im Rahmen der Aktion „Paddle to Paris“, wenn auch in abgewandelter, den Umständen angepasster Form, ein gemietetes Boot mit indigenen Vertretern und Unterstützern auf der Seine entlang, um auf die Bedeutung indigener Territorien und den Schutz indigener Rechte aufmerksam zu machen.

Nach all den widrigen Umständen wurde die Verabschiedung des global verbindlichen Klima- $\rightarrow$ vertrages auf der COP 21 als bemerkenswertes diplomatisches Ereignis in den Medien gefeiert. Obwohl Länder wie Saudi Arabien und die USA dem zunächst entgegen standen, hat man sich bei dem Abkommen – das am 22. April in New York allerdings von den Staaten noch unterzeichnet werden muss – **auf die Begrenzung der Erderwärmung deutlich unter 2°C (gegenüber dem vorindustriellen Niveau) geeinigt und festgehalten, dass 1,5° angestrebt werden.** Das Abkommen enthält jedoch auch Hintertüren z.B. für fossile Energien, wenn es z.B. gelingen sollte, durch Techniken wie *BECCS (Bioenergy with Carbon Capture and Storage)* Treibhausgase wieder aus der Luft zu „entfernen“. Eine gefährliche, noch gar nicht ausgereifte technische Trickserei, die von der notwendigen und zügigen Transformation insbesondere der Verursacher-Staaten ablenken kann und deshalb unbedingt im Auge zu behalten ist. Weitaus weniger kostspielige und bereits existierende Klimaschutzmaßnahmen wie der Schutz indigener Territorien sind weiterhin nicht im Fokus der Vertragsstaaten, wenn auch zumindest in der Präambel indigene Rechte sowie auch traditionelles indigenes Wissen erwähnt sind. **Dass der Begriff Menschenrechte aus Artikel 2 des operativen Teils des Abkommens wieder gestrichen wurde und auch indigene Rechte nicht darin aufgenommen wurden, ist ein sehr frustrierender, wenn auch nicht überraschender Aspekt.** Sehr wichtig wird es nun sein, die Weichenstellung

bei den einzelnen Vertragsstaaten wie Deutschland und Peru hin zur Transformation, zur Verbesserung der Energieeffizienz zu beobachten und zu begleiten sowie auf den Schutz indigener Rechte in Klimaschutzmaßnahmen zu bestehen.

Der Schutz der Menschen- und indigenen Rechte spielen auch in anderen internationalen Abkommen wie zu den *Sustainable Development Goals* SDG eine große Rolle und es wird eine wichtige Aufgabe sein, ihre Einklagbarkeit sowie die Ahndung von Verstößen gegen Vereinbarungen aus dem Klimaschutzabkommen durchzusetzen. Immerhin verfolgt das deutsche BMZ einen menschenrechtsbasierten Ansatz.

### **Waldschutzabkommen zwischen Deutschland, Norwegen und Peru**

In diesem Zusammenhang wird es eine Aufgabe sein, Perus AIDSESEP bei der Sicherung indigener Rechte und Territorien **im Rahmen des Waldschutzabkommens zwischen Norwegen, Deutschland und Peru zu unterstützen**. Insbesondere ist auf die Gefahren der Entwaldung in Zusammenhang mit der dramatischen Ausbreitung der Palmöl-Plantagen aufmerksam zu machen und diese zu vermeiden zu helfen, damit sich das Ziel des Waldschutzes im trilateralen Abkommen erfüllen kann.

Für die deutsche Öffentlichkeit, die EZ und die Politik muss deutlich werden, warum die marginalisierten indigenen Gebiete und Völker von großer Bedeutung für den Schutz vor dem Klimawandel sind: Bei der Betrachtung von entsprechenden Landkarten und Luftbildern wird deutlich, dass Peru im Vergleich zu seinem Nachbarn Brasilien noch eine relativ niedrige Entwaldungsrate im Amazonastiefland verzeichnet, gleichzeitig einen sehr großen flächenmäßigen Anteil an den megadiversen Urwäldern Amazoniens hat und die Gebiete, wo indigene Völker ihren traditionellen Wirtschaftsformen nachgehen, jene sind, in denen die Wälder noch intakt sind. Hier konnten AIDSESEP und seine regionalen Verbände wie FENAMAD in Paris auch aufzeigen, wie mithilfe von Luftaufnahmen von Drohnen, die den indigenen Gemeinschaften mit vergleichsweise geringem Kostenaufwand zur Verfügung gestellt wurden und die sie nunmehr selbst bedienen, das Eindringen von illegalen Holzfällern in ihre Territorien per Übertragung per Internet vor den oftmals Tagesreisen entfernt liegenden entsprechenden Behörden nachgewiesen werden kann. Diese Behörden können somit wesentlich zeitnaher und dadurch effektiver zum Ergreifen von Maßnahmen veranlassen werden.

Wir schließen uns daher der überwiegenden Zahl von Kommentaren deutscher NRO an, das Klimaabkommen von Paris nicht zum Anlass zu nehmen, in unangebrachter Zufriedenheit nunmehr auszuruhen, noch über die zahlreichen (Ent-)Täuschungen zu erstarren, sondern es aktiv als Grundlage für das Einwirken auf „unsere“ Regierungen in Deutschland, der EU sowie in Peru und weltweit zu verwenden, um sie zum Nacharbeiten und engagierten Voranschreiten zu veranlassen. Dass das peruanische Umweltministerium dafür nicht als unwichtiger Partner zu betrachten ist, lässt sich im Umkehrschluss vielleicht auch aus dem (beunruhigenden) Vorhaben einiger Wahlkandidaten für die im April anstehenden Präsidentschaftswahlen in Peru ableiten, dieses Ministerium, welches mit deutscher Unterstützung eingerichtet wurde, kurzerhand wieder abzuschaffen...

*Elke Falley-Rothkopf (Vorstandsmitglied der Infostelle Peru e.V. und Mitglied des Instituts für Ökologie und Aktions-Ethnologie infoe e.V.)*

## **7. 40 Jahre alte Erdoel-Pipeline im Amazonas bricht**

Anfang Februar ist in Peru Ferienzeit. Die Kinder spielen, baden am Strand oder Fluss oder helfen ihren Eltern. Oder sie arbeiten, um Geld zu haben, wenn zu Schuljahresbeginn Anfang Maerz die Rechnungen fuer Lehrbuecher und Hefte faellig werden.

Die Kinder im Dorf Nazareth am Fluss Chiriaco im nordperuanischen Departament „Amazonas“ sagten deswegen sofort zu, als ein Ingenieur auftauchte und ihnen 2 Soles versprach fuer jeden Eimer Rohoel, den sie aus dem Fluss holten. Fuer die Kinder war dies ein Ansporn, sich etwas zu verdienen und sie stuerzten sich – ohne jegliche Schutzkleidung – in ihren Fluss. Auf dem flossen schwarze Oel-Schlieren, die sich bis zu einem Meter hoch am Ufer ablagerten. Eine Woche vorher war die Erdolpipeline, die seit 40 Jahren Oel von der Foerderstation im hintersten Loreto bis an die Kueste nach Bayovar pumpt, gerissen. 2000 bis 3000 Barrel Rohoel flossen zuerst in den Fluss Chiriaco und danach in den Fluss Marañón.

„Es ist nicht ganz klar, ob es eine Anweisung von der Betreiberfirma Petroperu gab, Kinder fuer die Aufraeumarbeiten anzustellen, oder ob der Vorfall in Nazareth auf eine Einzelinitiative zurueckging“, sagte die Journalistin Barbara Fraser, die den Unfall vor Ort untersuchte. Tatsache sei aber, dass Petroperú – die Betreiberfirma gehoert dem peruanischen Staat – keinen Notfallplan habe, wie die Bevoelkerung vor solchen Umweltunfaellen geschuetzt und rechtzeitig gewarnt werden kann. Noch Tage danach klagten die Kinder von Nazareth ueber Hautausschlaege, Kopfschmerzen und Uebelkeit.

Erst Tage nach dem Leck wurde der Gesundheitsnotstand ausgerufen und die ersten Trinkwassertanks geliefert.

Wohl aufgrund des relativ grossen Medienechos auch in der Hauptstadt Lima, reagierten die Behoerden dieses Mal rasch. Das Umweltamt OEFA ordnete die unverzuegliche Reparatur der gefaehrdeten Stellen an der Pipeline an, und verhaengte eine Geldbusse ggen Petroperú von 3, 6 Millionen US-Dollar.

Es ist nicht das erste Erdoelleck im peruanischen Amazonas-Gebiet. Die 40 Jahre alte Pipeline ist in den letzten 20 Jahren 36 mal gebrochen – sei es durch Korrosion, durch Erdruetsche oder dadurch, dass Dritte die Pipeline angezapft haben.

Das letzte Leck wurde vor eineinhalb Jahren in Cuninico im Departament Loreto gemeldet. (Wir berichteten darueber <http://www.infostelle-peru.de/web/willkuer-ein-augenzeugenbericht-vom-pipeline-leck-im-regenwald/>).

Wenige Tage nach dem Leck am Chiriaco – Fluss wurde ein weiteres Pipeline- Leck in einem abgelegenen Gebiet am Fluss Morona in Loreto gemeldet.

*Hildegard Willer*

## **8. Schlechte Noten fuer die Umsetzung der ILO Konvention 169**

Indigene Organisationen praesentieren ihren alternativen Bericht ueber die Umsetzung der ILO Konvention 169

Rund 65 Kilometer noerdlich von Cusco sucht die kanadische Firma Focus Ventures Ltd. auf einem 400 Hektar grossen Gebiet nach Kupfer und Molybdaen. Betroffen von dem Projekt

sind die Kollektivrechte der Bauerngemeinschaft Parobamba. Anfang September 2015 einigten sich das Ministerium für Energie und Bergbau (MINEM) und die Gemeinschaft Parobamba auf den Plan für das Konsultationsverfahren zum Bergbauprojekt Aurora. Das ist – 20 Jahre nachdem Peru die ILO-Konvention 169 unterschrieben hat – das erste Konsultationsverfahren in Peru, das im Bereich Bergbau eingeleitet und inzwischen auch durchgeführt wurde.

Ende Januar veröffentlichten indigene Organisationen mit Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen ihren jährlichen **Schattenbericht (Informe Alternativo) zur ILO-Konvention 169**. Darin analysieren sie Ereignisse und Gesetzgebungs-Prozesse im Zeitraum von Juli 2013 bis Juni 2015 und berichten über Fort- und Rückschritte bei der Umsetzung der ILO-Konvention. Die ILO erarbeitet ihre Empfehlungen an den peruanischen Staat auf der Grundlage beider Berichte, des offiziellen und des Schattenberichts. Die Entwicklungen bei der **Umsetzung des Rechts auf vorherige informierte Konsultation** ist das zentrale Thema im Bericht.

Dass seit 2015 auch bei Bergbauprojekten Konsultationsverfahren durchgeführt werden, ist grundsätzlich ein Fortschritt. Wie Javier Jahncke vom berbaukritischen Red Muqui anlässlich der Präsentation des Schattenberichts festhielt, ist es jedoch entscheidend, in welcher Etappe eines Projekts konsultiert wird und welche Dokumente Gegenstand der Konsultation sind. So lagen beim Aurora-Projekt die Bestätigung der Umweltverträglichkeit wie auch die Bewilligung für die oberflächliche Landnutzung schon vor, als die Gemeinschaft Parobamba und MINEM den Plan für den Konsultationsprozess vereinbarten. Das heisst, weder die Umweltauswirkungen des Projekts noch die Bedingungen zu denen der gemeindeeigene Boden genutzt werden darf, war Gegenstand der Konsultation. „Was wird denn überhaupt noch konsultiert, wenn anscheinend schon alles definiert ist“, fragte die Nichtregierungsorganisation Cooperacción.

Eine der Empfehlungen des Schattenberichts lautet daher, dass Konsultationsverfahren in allen Etappen eines Projektes (Planung, Vergabe von Rechten, Umweltverträglichkeitsprüfung, Schliessung der Operation) organisiert werden sollten, die mit den Rechten der indigenen Bevölkerung in Konflikt kommen können.

#### **Verweigerte Konsultationbegehren**

Allein 2014 wurden laut Daniel Sánchez, dem Ombudsmann für indigene Völker, 16 Bergbauprojekte ohne vorherige Konsultation bewilligt. In neun Fällen begründete das MINEM dies mit der Inexistenz von indigenen Völkern in der Projektgegend. Die entsprechenden Unterlagen des Kulturministeriums, auf die sich das MINEM stützte, sind nicht Teil der Projektdossiers, zudem widersprechen sie den Bevölkerungsdaten der Ombudsstelle für indigene Völker. In fünf Fällen lautete die Begründung, dass die betroffenen Gemeinschaften „freiwillig“ auf ihre Kondition als indigene verzichtet hätten. In den übrigen Fällen stützte sich der Entscheid des MINEM auf Expertenberichte, die den betroffenen Gemeinschaften einen ethnischen Charakter absprechen – dies obwohl 95% der BewohnerInnen Quechua sprechen.

Auch der Bauerngemeinschaft Sajo in Puno wurde ein Konsultationsverfahren verweigert, als sie Ende 2013 verlangten, zur Vergabe der Parzelle 156 an Perupetro informiert und angehört zu werden. Ebenso erging es 73 Awajún und Wampis-Gemeinschaften in der Amazonasregion, die ein Konsultationsverfahren zur Vergabe einer Erdöllizenz (Lote 116) auf ihrem Territorium beantragten.

In beiden Fällen argumentierte das zuständige Ministerium, dass die entsprechenden Lizenzen erteilt worden waren, bevor 2012 das Gesetz zur vorherigen Konsultation in Kraft trat. Wie der Schattenbericht klarstellt, hat der peruanische Staat hier Nachhilfebedarf in internationalem Recht. Denn es stimmt zwar, dass das Gesetz keine rückwirkende Rechtskraft hat, jedoch ist nach internationalem Recht jedes Land verpflichtet, unterschriebene Übereinkommen umzusetzen, auch wenn noch keine nationalen Gesetze dafür bestehen.

### **Chaos beim Recht auf Land**

Eine deutliche Verschlechterung der Situation stellt der Schattenericht beim Recht auf Land fest. Das Recht auf Land ist eines der wichtigsten Kollektivrechte der indigenen Völker. Die Artikel 13-19 der ILO-Konvention 169 anerkennen und schützen dieses Recht explizit.

„In den letzten 25 Jahren hat jede Regierung die Spielregeln bezüglich Vergabe der Landtitel geändert“ hielt Richard Smith, Direktor des Instituto del Bien Común, anlässlich der Präsentation des Schattenberichts fest. Mit den seit 2013 im Namen der Grossinvestition verabschiedeten Gesetzespaketen, den sogenannten „paquetazos“, wurde der Schutz der kollektiven Rechte auf Land noch einmal markant abgebaut. Zudem bestehen zwischen den verschiedenen Gesetzen, Verordnungen, Reglementen etc. zahlreiche Widersprüche und Unstimmigkeiten. Gemäss Smith ist diese Unordnung Strategie. „Es gibt keine offiziellen Zahlen darüber, wie viele indigene und bäuerliche Gemeinschaften es in Peru gibt, wie viele schon ihre Landrechtstitel erhalten haben und wie viele Vergaben noch ausstehend sind. Das ist nicht, weil die technischen Mittel dazu fehlen oder weil die Zahl vernachlässigbar ist, es ist vielmehr Teil der Strategie des Staates, die indigene Bevölkerung unsichtbar zu machen.“ Die unklare Gesetzeslage und das Fehlen einer Politik zur Vergabe der Landrechtstitel führen zu zahlreichen Konflikten. Ein exemplarischer Fall ist die Shawi-Gemeinschaft San José im Departament San Martín: Sie kämpft gegen die Vergabe von Teilen ihres Landes an die beiden Palmöl-Firmen Onasor und Zocre sowie der Romero-Gruppe.

### **Staat schützt nicht sondern tötet**

Ebenfalls negativ ist das Panorama in Bezug auf die interkulturelle Justiz und die Sicherheit der indigenen Bevölkerung. Zwar stellen die Autoren des Schattenberichts gewisse Fortschritte fest, wie beispielsweise die Förderung des Zugangs zur Justiz in den Sprachen der indigenen Bevölkerung. Diese sind jedoch nur ein kleines Gegengewicht zu der prekären Situation der (indigenen) Menschenrechtsverteidiger. Der Bericht listet alle 44 Zivilpersonen auf, die bisher unter der Regierung von Ollanta Humala durch missbräuchlichen Einsatz von Staatsgewalt in Situationen von sozialem Protest ums Leben gekommen sind. Dazu gezählt werden müssen Alberto Cárdenas, Exaltación Huamani und Beto Chahuallo, die Ende September 2015 (nach Redaktionsschluss des Berichts) beim Konflikt um die Mine Las Bambas getötet wurden.

Die Faktoren, die gemäss Autoren zu diesen alarmierenden Zahlen führen sind: Gesetzliche Rahmenbedingungen; die von Militär und Polizei begangene Menschenrechtsverletzungen weitgehend straffrei lassen; Einsatz von tödlichen Waffen zur Kontrolle von sozialen Protesten; mangelnde Ausbildung und Ausrüstung der Polizei; Einsatz der Polizei als privater Sicherheitsdienst von (Bergbau-)Firmen; Einsatz von Militär zur Kontrolle von Protesten; Ausrufung von Ausnahmezustand in Kontexten von sozialem Protest.

Neben der erwähnten Strafflosigkeit und der zunehmenden Kriminalisierung des sozialen Protests wirft der Bericht dem peruanischen Staat auch Versagen bei der Erfüllung seiner

Schutzpflicht vor. So ist es laut Autoren des Berichts zunehmend einfacher, unbequeme Personen „eliminieren“ zu lassen. Indigene Anführer, die sich gegen die irrationale Ausbeutung ihrer Gebiete wehren, sind dabei in einer besonders verletzlichen Situation. Der 2014 ermordete Asháninka-Führer Edwin Chota und Máxima Acuña de Chaupe, die den Einschüchterungsversuchen durch die Yanacocha-Mine standhält, sind nur die beiden bekanntesten Beispiele dieser prekären Situation.

*Flurina Doppler*

*Die Sozialanthropologin Flurina Doppler arbeitet seit September 2015 als Comundo-Fachperson bei der Nichtregierungsorganisation Forum Solidaridad Perú in Lima.*

## **9. Vorab-Konsultation: Was sagen die Praesidentschaftskandidaten dazu ?**

Eine Zusammenstellung der wichtigsten Aussagen der Praesidentschaftskandidaten zum Miteinbezug indigener Gemeinschaften bei der Planung extraktiver und anderer Infrastrukturprojekte

### ***ILO-Konvention 169***

*Das „Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“ wurde 1989 von der International Labour Organization ILO, einer Unterorganisation der UNO, zusammengesetzt aus VertreterInnen der Regierungen sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, verabschiedet und ist seit 1991 in Kraft. Es ist zusammen mit der UNO-Deklaration über die Rechte der Indigenen Völker (UNDRIP), die im Gegensatz zur Konvention allerdings keinen rechtlich bindenden Charakter hat, das umfassendste völkerrechtliche Abkommen zum Schutz der indigenen Bevölkerung weltweit.*

*Die ILO Konvention 169 setzt Grundrechte für indigene Völker und „Stammesvölker“ fest und legt den Unterzeichnerstaaten umfassende Verpflichtungen auf. Das Übereinkommen anerkennt das Recht der indigenen Völker auf den Besitz der von ihnen traditionell genutzten Gebiete. Es stellt zudem Mindeststandards dafür auf, wie indigene Gruppen konsultiert werden müssen, wenn sie von staatlichen oder auch privaten Projekten betroffen werden und wie sie mitentscheiden können. Bisher haben erst 22 Länder das Abkommen ratifiziert. In Peru ist die ILO Konvention 169 seit Februar 1995 in Kraft. Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben, müssen der ILO mindestens alle fünf Jahre Bericht erstatten über die Umsetzung.*

### **Was sagen die PräsidenschaftskandidatInnen zur Vorab-Konsultation**

#### **Keiko Fujimori, Fuerza Popular**

Bis 2021 die Vergabe der Landrechtstitel an indigene Gemeinschaften abschliessen; rationale Nutzung der Gebiete der indigenen Völker; Mechanismus der vorherigen Konsultation dort anwenden, wo es angezeigt ist.

#### **Julio Guzmán, Todos por el Perú**

Staatliche Stellen, die für das Thema indigene Völker zuständig sind stärken; Vergabe der Landrechtstitel vorantreiben; Anpassung von indigenen Reservaten an die Situation von Völkern in freiwilliger Isolation; feststeckende Konsultationsprozesse identifizieren und Konditionen für ihre Umsetzung schaffen.

#### **Cesár Acuña, Alianza para el Progreso**

Schutz und nachhaltige Nutzung der Ökosysteme; Wiederaufforstung und Zurückerlangen der



Biodiversität mit Teilnahme der indigenen Völker; vorherige Konsultation als goldene Regel aber auch der absolute Respekt der Vereinbarungen.

**Veronika Mendoza, Frente Amplio**

Vergabe Landrechtstiteln von 20 Mio Ha an indigene Völker in der Amazonasregion; eigener Wahlbezirk für Indigene für Kongresswahlen; vollständige Umsetzung des Rechts auf vorherige, freie und informierte Konsultation mit Verbesserungen bei der Umsetzung.

**Pedro Pablo Kuczynski, Peruanos Por el Cambio**

Bis 2019 Priorität für die indigene Bevölkerung in den Gesundheitszentren erreichen; Vergabe von Landrechtstiteln abschliessen, Anpassung von territorialen Reservaten; Fortführung der vorherigen Konsultationsverfahren.

**Alan García, Alianza Popular**

Apus (indigene Leader) in die bestehenden Netzwerke zum Thema Wasser integrieren, um die Kommunikation zu verbessern; das Programm für Lizenzgebühren im Bergbau umsetzen und kommunale Abgabe einführen; keine Erwähnung der vorherigen Konsultation.

**Alfredo Barnechea, Acción Popular**

Interkulturelle, zweisprachige und rurale Bildung für die Dörfer umsetzen; die Durchführung von vorherigen Konsultationsprozessen garantieren; Gerichtsverfahren in den indigenen Sprachen ermöglichen .

*Quellen: El comercio [elcomercio.pe/peru/pais/que-proponen-candidatos-comunidades-indigenas-noticia-1871858?ref=flujo\\_tags\\_518834&ft=nota\\_5&e=titulo](http://elcomercio.pe/peru/pais/que-proponen-candidatos-comunidades-indigenas-noticia-1871858?ref=flujo_tags_518834&ft=nota_5&e=titulo) und <http://ojo-publico.com/145/consulta-previa-quiénes-respetan-los-derechos-de-los-pueblos-indigenas>.*

*Zusammenstellung: Flurina Doppler (Comundo/Forum Solidaridad Perú)*

## **10. Kommentar: Menschenrechte nicht gegen Exporterfolge ausspielen**

Am gleichen Tag wurden zwei Artikel über die extractive Industrie Perus veröffentlicht, die unterschiedlicher nicht sein können.

Richard Meier von den Wirtschaftsnachrichten „Peru-Vision“ schreibt: Bergbau zieht Perus Wirtschaft hoch. Meier betont die positive Bedeutung des Kupferabbaus, der 20% Zuwachs aufweisen würde. Er zitiert als weiteres positives Beispiel die Exportsteigerung von Mais und Weintrauben, auch um 20%. Trotz globaler Krise: Alles bleibe gut, wenn, ja wenn neue Bergwerksprojekte anlaufen, wenn noch mehr Lebensmittel exportiert werden.

Antonio Pena Jumpa, Jura-Professor an der Katholischen Universität in Lima setzt bei seiner Rückschau andere Akzente. Er bilanziert die fortlaufenden sozialen Konflikte gegen die finanziellen Investitionen im Bereich der extractiven Industrie als ein Problem. Er zitiert dazu die staatliche Ombudsbehörde „Defensoría el Pueblo“. Diese zählte im November 2015 215 soziale Konflikte, von großen Konflikten gegen Bergwerksunternehmen wie Tia Maria, Las Bambas, Conga , im sog. Lote 192 (Erdöl im Regenwald) oder kleinere in allen Regionen Perus. (Wir berichteten im InfoPeru mehrmals darüber).

### **Mehr Exporte für weniger Einnahmen ?**

Der peruanische Bergwerksexperte Jose De Echave schreibt dazu:

Weder Politik noch Industriverbände sahen die Auswirkungen der globalen Entwicklung durch Preisverfall und den damit verbundenen Einbruch von Investitionen durch internationale Großunternehmen. Seit 2012 wurde 46% weniger im Bergbausektor investiert (in den USA 56%

und im Kongo 84% weniger). Ohne Investitionen gibt es keine Produktion. Mit den hohen Einnahmen in den vergangenen Jahren wurde nicht in wirklich nachhaltige Produktion investiert. Unklar ist, wie lange diese Niedrigpreis-Periode anhält. Große Unternehmen wie Glencore oder Barrick Gold verkaufen ihre Anteile, um ihre hohen Schulden zahlen zu können. In Peru wurde zwar ca. 25% mehr Kupfergestein aus der Erde geholt. Die Einnahmen daraus sanken wegen der tiefen Preise aber dennoch um 25%. Deutlich wirkt sich das auf die Höhe der Steuern aus, die in die Bergbauregionen fließen. Gegenüber 2014 erhielten die Region Ancash im Jahre 2015 um 43% weniger, die Region Cajamarca 40% weniger Steuern als im Vorjahr.

Für ganz Peru sieht es so aus: Der Bergbausektor trug zur Gesamtheit der Steuereinnahmen im Jahre 2014 nur noch 9,2%, im Jahre 2015 sogar nur noch 6% bei.

Die Hoffnungen der neoliberalen Politik und entsprechender Wirtschaftsverbände setzen auf die Ausbeutung der Projekte Las Bambas, Tia Maria, Conga. Auch deshalb setzen sie auf die fatalen Rettungsanker: Weniger Auflagen für Menschen und Umwelt, Steuerermäßigungen für Minenunternehmen etc. Und deshalb wird die Repression gegen diejenigen, die sich gegen die Vernichtung ihrer Lebensgrundlage (z.B. Landwirtschaft) wehren, immer heftiger.

Der Jurist Antonio Pena schreibt ausserdem über Korruption im Rohstoffbereich:

Ohne Korruption gehe nichts im Bereich der Rohstoffproduktion. Die Bevölkerung fühle sich im Stich gelassen, weil sie sieht, dass die staatlichen Funktionäre und Politiker nicht neutral sind, sondern auf Seiten der (meist) ausländischen Unternehmen stehen würden. Dabei stützten sie sich auf beschlossene Gesetze, die ihrerseits durch Korruption und Lobbyarbeit der Unternehmen erlassen worden seien.

Befürworter des auf Export ausgerichteten Bergbaus verschancen sich oft hinter „Gesetzen“: alles war, wenn es „nach den Gesetzen läuft“, halt „rechts“. Die Umweltverträglichkeitsprüfung seien gemacht, alle geltenden Sozialstandards und – auch immer eingeschränkteren Umweltstandards – seien eingehalten worden. Wenn die Bevölkerung dagegen protestiert, so wird, lt. Prof. Pena geäußert, dass sie im besten Fall unwissend sei und die Vorteile dieser Rohstoffausbeutung nicht sehen würde. Wenn das nicht reicht, sind sie schnell „Antimineros“ oder gar Ökoterroristen.

### **Exporte ohne Rücksicht auf Mensch und Natur?**

Die Geographin Nicola Jaeger hat für die NRO Powershift die Untersuchung: *Alles für uns?* erstellt. In der *Frankfurter Rundschau* wird daraus berichtet: „Wir brauchen als größte Volkswirtschaft der Welt den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen“ hatte der ehemalige EU-Handelskommissar van Guucht gefordert. Die Europäische Gemeinschaft hat das voll mit ihrer *Raw Material Initiative* – für einen diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen – umgesetzt und setzt voll auf den ungeschützten Freihandel. Michael Reckordt von *powershift* meint dazu: „Das schränkt das Regierungshandeln der rohstoffreichen Länder immer weiter ein... Die Entscheidung, ob und wie Rohstoffe genutzt werden, liegt nicht mehr bei den Rohstoff-Ländern und erst recht nicht mehr bei den betroffenen Gemeinden. Der Großteil der Wertschöpfung bleibt bei Firmen, ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen im Norden“

Wer etwas tun will: Hier kann man die Petition zum verantwortlichen Rohstoffabbau auf EU-Ebene unterzeichnen: <http://stop-mad-mining.org/>

*Heinz Schulze*

*Quellen:*

*Richard Meier in PeruVision 1/2006*[http://www.peru-vision.com/de/newsletter-maerz-2016/item/konjunkturbericht-2015-bergbau-zieht-perus-bruttoinlandsprodukt-hoch.html?category\\_id=441](http://www.peru-vision.com/de/newsletter-maerz-2016/item/konjunkturbericht-2015-bergbau-zieht-perus-bruttoinlandsprodukt-hoch.html?category_id=441)

*Antonio Pena J. In: Conflictos sociales y corrupción en el Peru 2015, Servindi, 19.2.2016*<http://www.servindi.org/actualidad/146424>

*Jose De Echave: La minera en un agno electoral in: Cooperacion, Peru, 1.3.2016*<http://cooperacion.org.pe/main/opinion/485-la-mineria-en-un-ano-electoral-por-jose-de-echave>

*Powershift: Alles für uns ?* [http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/02/Alles-f%C3%BCr-uns\\_webversion.pdf](http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/02/Alles-f%C3%BCr-uns_webversion.pdf)

## **11. Zwangssterilisierungen an peruanischen Frauen müssen aufgearbeitet werden**

Zwischen 1995 und 1998 wurden bis zu 300 000 peruanische, indigene, Frauen und ca. 13 000 Männer zwangssterilisiert. Bis heute sind die Verbrechen nicht aufgearbeitet.

Die aktuell aussichtsreichen KandidatInnen wie Ex-Präsident Alan Garcia und die Tochter Fujimoris, Keiko Fujimori, der für diesen Genozid verantwortlich ist, werden dafür keinen Finger rühren. Der aktuelle Präsident Humala hat sich 2012 öffentlich stark gemacht. „Wir wollen und können diese schlimme Form der Vergewaltigung von Frauen nicht akzeptieren“. Deshalb ist es notwendig, während seiner Regierungszeit intensiv das Thema aus dem Verschweigen zu holen.

*Worum geht es?*

Die Zwangssterilisierungen fanden in den Jahren 1995 bis 1998 statt, in der Zeit des Präsidenten Fujimori. Eingebettet waren diese in das Programm: Reproduktion – Gesundheit und Familienplanung zur Bekämpfung der Armut! Finanziert wurde dieser Genozid durch den Internationalen Währungsfond, die Weltbank und die offizielle US-AID, offiziell im Rahmen eines Programms zur freiwilligen Sterilisierung. Es wurden 300.000 arme Frauen aus den Anden und im Regenwald, sowie ca. 13.000 Männer sterilisiert. Betroffen waren speziell Frauen zwischen 20 und 30 Jahre, die 2-4 Kinder hatten. Später wurde deutlich, dass dieses „Programm“ vor allen Dingen in Regionen stattfand, wo die bewaffneten Konflikte mit dem Leuchtenden Pfad stattfanden und in Regionen (auch im Regenwald), wo große Unternehmen die Ausbeutung von Erdöl-Erdgas und wertvolle Hölzer vorantreiben wollten.

Der vor zwei Jahren verstorbenen peruanischen Rechtsanwältin Guilia Tamayo ist es besonders zu verdanken, dass diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit dokumentiert wurden. Giulia Tamayo erhielt vom peruanischen Geheimdienst Todesdrohungen. In ihre Wohnung wurde eingebrochen und alle Unterlagen mitgenommen. Sie hat die Daten aber an anderer Stelle gesichert hinterlegt. Sie musste nach Spanien ins Exil fliehen. Die Zwangssterilisierungen fanden in staatlichen Gesundheitszentren oder Krankenhäusern statt. Die Eingriffe fanden unter Zwang statt oder durch betrügerische „Beratungen“, so bei Schwangerschafts-Untersuchungen oder durch falsche „Diagnosen“ wie Gebärmutterkrebs. Pro Sterilisierung gab es eine Belohnung zwischen 4 und 10 Dollar für das Gesundheitspersonal. Um die Kosten niedrig zu halten, wurden Narkosemittel aus

der Tiermedizin eingesetzt, die in den USA bereits ausgesondert waren. Oftmals haben Krankenschwestern oder Studierende der Medizin diese Eingriffe gemacht.

### *Die aktuelle Kampagne*

Aktuell strebt der Verband von Zwangssterilisierungen betroffenen Frauen (Asociación de Mujeres Afectadas por las Esterilizaciones Forzadas – CAMET ) als Vertretung von 2.074 Opfern seit Jahren eine Klage gegen Ex-Präsident Fujimori und seine damaligen Gesundheitsminister an, mit dem Vorwurf: Genozid. Diese hat der zuständige Staatsanwalt Marco Guzman Baca wegen „fehlender Beweise“ auch 2015 wieder abgelehnt. Dagegen hat die UN-Kommission gegen Frauendiskriminierung (UN Committee on the Elimination of Discrimination against Women (CEDAW) die vorgelegten Beweise von Zwangssterilisierten anerkannt und als „schwere Verletzung der reproduktiven Rechte von Frauen“ erklärt und diese als „Methode der medizinischen Kontrolle der Fruchtbarkeit der Frau ohne ihre Zustimmung sowie als Körperverletzung, Folter und Misshandlungen“ verurteilt.

Im November 2015 schliesslich – vielleicht auch auf Drängen internationaler Kampagnen wie der von amnesty international – erliess Präsident Humala endlich ein Dekret zur Registrierung der betroffenen Frauen. Diese Registrierung ist allerdings nur ein erster Schritt, damit die betroffenen Frauen entschädigt und die Schuldigen bestraft werden.

**In nachfolgendem Interview mit Gaby Küppers von der ila erklären Raquel Reynoso und Jesenia Casani von der peruanischen Kampagne „Wir sind 2074 und viele mehr“, was jetzt geschehen muss.**

Das Interview mit Raquel Reynoso und Jesenia Casani erschien in der ila 392 und kann unter diesem Link gelesen werden

<https://www.ila-web.de/ausgaben/392/unerh%C3%B6rt-und-unentsch%C3%A4digt>

Abgeordnete des Europäischen Parlamentes haben in nachfolgendem Brief den Präsidenten Ollanta Humala aufgefordert, alles zu unternehmen, damit die Fälle der zwangssterilisierten Frauen vor Gericht kommen [160124 Carta Peru Esterilizaciones Forzadas def](#)

---

## **VERANSTALTUNGEN**

- **München**

Bis 31. März 2016

Ausstellung: Von Harmonie und Chaos – Die Mythen der Bauern von Apalin (Cajamarca-Peru)

Ausstellung über das andine Weltbild aus Vor-Inka-Zeiten

Ort: Eine Welt Haus München, Schwanthalerstraße 80. Eine Ausstellung der Partnerschaftsgruppe Herzogenaurach mit Apalin.

Träger: Lateinamerika-AK des Nord Süd Forum München e.V.

- **Kaub am Rhein**

Mittwoch, 06. April 2016, Kaub am Rhein,

Frühlingsseminar für Frauen

„Vom schalen Schein des Goldes – Gold, Gift, Globalisierung“,

Vortrag, Film, Seminargespräch: Dr. Hartmut Heidenreich (Kampagne Bergwerk Peru)

Ort: CVJM-Tagungs- und Gästehaus Elsenburg,

Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Rheinland-Süd e.V. – Außenstelle Koblenz

- **Berlin**

Dienstag, 12. April 2016, 19 Uhr

Soziale Konflikte und Wasserverschmutzung rund um den Titicacasee

„Das verborgene Gesicht des Titicaca“ (Kurzfilm, spanisch) und Diskussion

mit Heeder Soto Quispe und Kerstin Kastenholz (Puno/Peru)

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin (Vorderhaus, 1. Stock | Tram M4 Am Friedrichshain)

Bei Fragen: [berlin@infostelle-peru.de](mailto:berlin@infostelle-peru.de); Flyer zur Veranstaltung: [160412 Titicaca](#)

Eine Veranstaltung der Informationsstelle Peru e.V. in Kooperation mit dem Lateinamerika-Forum Berlin und dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL)

- **Köln**

Freitag, 15. – Sonntag, 17. April 2016

Peru-Seminar der Infostelle Peru e.V.

Thema: Saubere Energie statt Klimawandel und Umweltzerstörung – Alternativen für Peru und Deutschland

Das ausführliche Programm kann hier heruntergeladen werden [AusschrPeruSem0416.flyer2](#)

Anmeldeformular [AusschrPeruSem0416AnmAbschnEinzel](#)

Info: [merk@infostelle-peru.de](mailto:merk@infostelle-peru.de)

- **Mainz**

Dienstag, 19. April 2016,  
VHS-Kurs „Frauen wollen mehr ... lernen, wissen, Information“  
„Vom Inka Atahualpa bis zur Bundesbank: Der Weg und die Rolle des Goldes“ (Arb.titel),  
Vortrag und Diskussion: Dr. Hartmut Heidenreich (Kampagne Bergwerk Peru)

Ort: Mainz, VHS, Karmeliterplatz 1

- **Freiburg i. Br.**

Donnerstag, 28. April 2016, 20 Uhr

Peru-Stammtisch

Ort: Café Satz, Guntramstraße 57 (Ecke zur Wannerstraße, wenige Schritte von der Eschholzstraße und ca. 200 Meter vom Hauptbahnhof entfernt).

Donnerstag, 30. Juni 2016, 20 Uhr

Peru-Stammtisch

Ort: Café Satz, Guntramstraße 57 (Ecke zur Wannerstraße, wenige Schritte von der Eschholzstraße und ca. 200 Meter vom Hauptbahnhof entfernt).

---

*Sie können den Newsletter bestellen über die Website der*

*Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)*

*Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an*

*[newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)*

*Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird unterstützt von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie von der Peru-Partnerschaft der*



*Erzdiözese Peru und Caritas international*

*Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.*

*Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.*



